

Im Blickpunkt: Ratssitzung ganz im Zeichen hitziger Debatten über die geforderten Sparbeschlüsse

Entschuldung

Geschehen hier wird sehr genau beobachtet

CUXHAVEN. Seit 2011 hat sich die Stadt um einen Entschuldungshilfervertrag mit dem Land bemüht – im ersten Anlauf vergeblich. Die Mittel im darauffhin angelegten Stabilisierungsfonds, aus dem die Stadt Cuxhaven den Löwenanteil erhält, stammen je zur Hälfte vom Land und den kommunalen Spitzenverbänden, sprich: Allen Gemeinden im Land. Das ist auch der Grund, warum die Bürgermeister so skeptisch auf jede Bewegung in Cuxhaven schauen. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch: „Ich muss mich immer wieder für unsere Schulden rechtfertigen.“ Investitionen, die nicht unbedingt nötig seien, verstehe keiner mehr. Die Entscheidung für ein Schwimmbad in den heutigen Dimensionen hingegen mache es ihm „in Hannover ein wenig leichter“. (mr)



Im 1. Obergeschoss werden von der Stadtbibliothek 90 Quadratmeter für den Benutzersaal und ein Büro des Stadtarchivs abgetrennt. Nach Versicherung der Verwaltung bleiben dabei alle Schülerarbeits- und Anleseplätze erhalten. Foto: Potschka

Bibliothek muss Platz abgeben

Rat kippt Zusatzbeschluss vom Dezember / Erika Fischer spricht von „Milchmädchenrechnung“

VON MAREN REESE-WINNE

CUXHAVEN. Über zwei Stunden dauerte das Ringen um die Zusammenlegung von Stadtbibliothek und -archiv am Donnerstag, bevor der Rat den im Dezember 2015 einstimmig gefassten Beschluss, das Platzangebot der Bibliothek dürfe nicht eingeschränkt werden, wieder einkassierte. Nun muss die Stadtbibliothek 90 Quadratmeter, ein knappes Fünftel ihrer Ausstellungsfläche, abgeben.

Außergewöhnlich begann die Sitzung schon, weil Einwohner – darunter Günter Behrens von der Bibliotheksgesellschaft und die Bürgerinitiative, die 2300 Unterschriften gesammelt hatte – umfangreiche Fragenkataloge eingereicht hatten, die Verwaltung und Politik über rund eine halbe Stunde beantworteten.

Immer wieder wurde in den Antworten auf das Einsparpotenzial von rund 140 500 Euro jährlich verwiesen. Eine Qualitätseinschränkung wurde nicht gesehen. Den genannten Betrag nannte Günter Behrens „reine Utopie“, seien darin doch auch die Personalkosten für einen Diplom-Bibliothekar eingerechnet.

Gebäude aufgeben

Rund 72 700 Euro Miet- und Nebenkosten jährlich sind dadurch zu sparen, dass die Stadt das Archivgebäude an der Altenwalder Chaussee aufgibt. Die Stadt müsse außerdem nicht mehr die Last bei sämtlichen Unterhaltungs- und

Sanierungsarbeiten zu tragen, so die Argumentation der Stadtverwaltung.

Dass es zur Zusammenlegung kommen würde, war bereits in der Dezember-Ratssitzung mit dem Beschluss der Maßnahmenliste für die Entschuldungsvereinbarung besiegelt worden. Ein Zusatzbeschluss regelte den Bestandsschutz für die Räume der Stadtbibliothek.

„Aus der Fassung“

Elke Schröder-Roßbach echauffierte sich über die neuen Vorschläge der Verwaltung: „Drei der vier Entwürfe sehen eine Einschränkung der Bibliotheksräume vor. Wie kamen Sie überhaupt dazu, uns so etwas vorzulegen? Das bringt mich aus der Fassung.“ Immerhin seien die Vorschläge mit keiner Beschlussempfehlung verbunden gewesen, so Dezerentin Petra Wüst.

Bernd Jothe von den Grünen erwarbte, dass die Beschlussfassung vom nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss in den Rat verlegt wurde. Im VA hatte sich eine Mehrheit für die erste von vier Alternativen abgezeichnet: Darin verliert die Bibliothek im 1. Obergeschoss rund 90 Quadratmeter, die in einen Lesesaal und einen Büroraum für das Archiv umgewandelt werden.

Fraktionszwang gab es für die Abstimmung nicht, und in der Rede von Erika Fischer (SPD) wurden die tiefen Gräben deutlich, die sich speziell in der SPD gebildet hatten. Sie ließ Verwal-

tung und Ratsmitglieder einige Male nach Luft schnappen, sprach von „Milchmädchenrechnung“ und „Unglaubwürdigkeit“. Viele Kosten seien in die Aufstellung nicht mit eingeflossen (was OB Dr. Getsch zurückwies: Es seien alle Punkte, die zu dem Zeitpunkt bekannt waren, enthalten; die Rechnung sei seriös.).

Sie habe Sorge, dass die Stadt mit der Entscheidung ärmer werde. Zwei bedeutsame Kultureinrichtungen mit unterschiedlichen Aufgaben sollten zusammengepackt werden.

Das Archiv versehe eine Pflichtaufgabe und solle als „Gedächtnis der Stadt“ auch in 100 Jahren den Bürgern noch Auskunft über ihre Geschichte geben. Die Bibliothek sei ein Kommunikationszentrum. Immer werde der hohe Stellenwert der Bildung gepredigt und nun diese „dürftige Sparvorlage“: „Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit?“ Sie sehe keinen nachhaltigen Beitrag zur Haushaltsentlastung.

„Wird nicht ärmer“

Auch Elke Just („Die Unabhängigen“) wandte sich gegen die Aufhebung des Ratsbeschlusses. Eine Zusammenlegung sei „gut und richtig“, aber hier werde Wort gebrochen. Sie plädierte wie zuvor schon Elke Schröder-Roßbach für Variante zwei: Umwandlung des Veranstaltungssaals in Archivräume.

Er könne nicht erkennen, dass die Stadt ärmer werde, meinte Thiemo Röhler (CDU) mit Blick

auf Erika Fischer. Beide Einrichtungen blieben bestehen, das Angebot werde nicht eingeschränkt: „Die Besucher werden alsbald froh sein.“

Die Zusammenlegung sei wichtig, um die für die Entschuldung geforderten Einsparungen zu erzielen. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage sei aber auch das Votum des Beirats für Menschen mit Behinderung gewesen.

Archiv fördern

Enak Ferlemann (CDU) stellte fest: „Es gibt auch Leute, die diesen Beschluss gut finden. Kein Mensch will die Stadtbibliothek schließen, das bleibt eine Top-Bibliothek, aber viele Menschen wissen gar nicht, was ein Archiv ist.“ Dieses sei in der Vergangenheit nicht adäquat untergebracht gewesen. „Beide Einrichtungen werden sich beleben, beide werden profitieren“, prophezeite Ferlemann.

Nach dem Umzug im Spätherbst müsse das Zusammenwachsen verfolgt werden. Wenn sich dann zeige, dass es nicht funktioniere, stehe immer noch die Option auf Variante 4 im Raum („das verspreche ich den Leserbriefschreibern“). Diese – berechnet mit 190 000 Euro – umfasst eine Erweiterung über das Flachdach des 2. Stockwerks.

Augenwischerei, meinen Kritiker. Sie mochten sich nach dieser Sitzung nicht mehr auf Versprechungen im Rat verlassen. Votum am Ende: Annahme für Variante 1 bei 14 Gegenstimmen.

Standpunkt

Das alles ist nur Demokratie...

Von Maren Reese-Winne

Dr. Ulrich Getsch ist konsequent mit seinem Sparkurs. Er hat dies von Anfang an gesagt, das wussten alle, die ihn gewählt haben. Mit Vehemenz kämpfte er auch jetzt in den Ausschüssen und im Rat und appellierte, „vernünftig mit dem bisschen umzugehen, das wir haben“. Die kritische Diskussion dazu fasst ihn sichtlich persönlich an. Auch von Andrea Pospich als Kämmerin konnte man ein feuriges und schlüssiges Plädoyer für striktes Sparen erwarten. Dass die Stadt für jede der angekündigten 187,5 Millionen Entschuldungshilfe dankbar sein kann, liegt auf der Hand.



Austausch nicht gewünscht

Die Überzeugungskraft verliert aber deutlich, wenn der offene Austausch fehlt. Bei der Zusammenlegung von Stadtbibliothek und -archiv – die der OB zunächst als einfachen verwaltungsinternen Akt durchziehen wollte – hat es keinen Spielraum gegeben. Mehr als einmal hat man von Anfang an gehört, dass es sowieso zur Zusammenlegung kommen werde. Und Maulkörbe und Aufpasser passen mit Vertrauen auch nicht zusammen.

Dass der Rat mal eben (fairerweise ist zu sagen, dass hierüber zumindest in manchen Fraktionen heiß gerungen worden ist und dass es auch viele Nein-Stimmen gab) seinen einstimmigen Beschluss von vor vier Monaten wieder einkassiert, ist ein starkes Stück, das zeigt, worauf sich die Bürger verlassen können – oder eben nicht.

Zum Glück mitgeredet

Aber das ist ja alles Demokratie. Zu dieser gehört auch eine lebendige Begleitung durch die Medien. Klar bekam die Lokalzeitung am Donnerstag ihr Fett weg – für unliebsame Leserbriefe, eigene Berichte oder Interviews. Zum Glück, sage ich. Gefährlich wird es erst, wenn die Leute nichts mehr sagen und sich auch nicht mehr engagieren... Nicht mal als Wähler.

Ja, was in der Ratssitzung gesagt wurde, stimmt: Weder die Stadtbibliothek noch das Stadtarchiv werden geschlossen. Es wird weitergehen. Hoffentlich mit einer engen Begleitung der Ratsmitglieder und der Öffentlichkeit, die darauf zu achten haben, wie verantwortlich mit Archivalien umgegangen wird und ob die angekündigten Verbesserungen erreicht werden.

Dazu zählte Enak Ferlemann ausdrücklich eine Aufwertung des Stadtarchivs, des „Gedächtnisses der Stadt“: Es solle mehr in den Mittelpunkt rücken und mehr Veranstaltungen anbieten. Dafür muss allerdings erst mal ein großer Verlust aufgefangen werden, nachdem Archivleiter Torsten Thees entnervt das Handtuch geworfen hat und mit 59 Jahren vorzeitig in den Ruhestand gegangen ist.

Bis zum Schluss Ringen um Entschuldungshilfe

Kurz vor der erlösenden Nachricht löste Rückmeldung aus Hannover noch Schockstarre aus / Unterschrift wohl im August

VON MAREN REESE-WINNE

CUXHAVEN. Das Schreiben aus dem Innenministerium vom 8. März an die Stadt umfasst nur wenige Zeilen: Die Stabilisierungshilfe werde gewährt, heißt es dort. Dies sei aber an strenge Auflagen gebunden. Das hatte sich einige Tage vorher noch ganz anders angehört.

Wie, das berichtete Andrea Pospich, Erste Stadträtin und Kämmerin, im Rat: Nach einer Sitzung der Kommission von Land und kommunalen Spitzenverbänden am 2. März war nämlich nicht der erlösende Anruf gekommen, sondern eine niederschmetternde Botschaft: Es sei sehr, sehr schwierig mit dieser Stadt Cuxhaven, die immer noch zu wenig liefere. Es drohten weitere Auflagen.

Die sind nun abgewendet: „Ich bin sehr froh, dass es danach noch weitere Gespräche gegeben hat“, sagte Andrea Pospich. Sie

erwarte die Unterschrift unter die Vereinbarung im August.

187,5 Millionen Euro, das sei eine exorbitant hohe Summe, die noch nie an eine Kommune ausgezahlt worden sei. Dieser Betrag stehe der Stadt aber mitnichten für Investitionen zur Verfügung, sondern allein zur Tilgung von Schulden – „damit wir irgendwann wieder atmen können“.

Ungleichgewicht seit 1993

Seit 1993 sei der Haushalt nicht mehr ausgeglichen gewesen, erinnerte Andrea Pospich. Die Opfer, die die Stadt gebracht habe, seien dicke Brocken gewesen – zum Beispiel: Abgabe des Jugend- und Sozialamts, der Heimaufsicht und der Schulen an den Landkreis, Neuberechnung der Abwassergebühren, Neuordnung der Grünflächenpflege, Abgabe der Stadtwerke in zwei Schritten an die EWE, Privatisierung des Alten-

pflegeheims (und des Stadtkrankenhaus, d.Red.). „Zwischen 2008 und 2012 hatten wir eine Zielvereinbarung, mussten fünf Millionen Euro – je zur Hälfte Personalkosten und freiwillige Leistungen – einsparen. Seit 2013 zwingt uns ein Haushaltssicherungskonzept zu jährlichen Einsparungen. So hatten wir kein Füllhorn an weiteren Möglichkeiten mehr“, erläuterte sie.

Das Maßnahmenpaket aus dem Jahr 2015 umfasste die Zusammenlegung von Archiv und Bibliothek, Veränderungen beim Einzug des Kurbeitrags, höhere Zuschüsse des Landkreises für die Kitas, Einführung der Bettensteuer und – „das war die schwerste Entscheidung“ – die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Lange im Keller

Ab 1992 seien durch die Gewerbesteuer viele Jahre gerade mal

sieben bis zwölf Millionen Euro zusammengekommen – „nicht annähernd auskömmlich für eine Stadt dieser Größenordnung.“ Damals sei an eine Erhöhung nicht zu denken gewesen.

Wirtschaft steht sehr gut da

Jetzt aber lägen die Gewerbesteuererinnahmen bereits bei weit über 20 Millionen Euro jährlich. Die wirtschaftliche Lage in Cuxhaven sei sehr gut. „Daher haben wir uns getraut, diesen Vorschlag zu machen.“

All dies habe die kommunalen Spitzenverbände und das Innenministerium zur Zustimmung veranlasst – mit der Auflage, künftige Erträge (auch aus Grundstücksverkäufen) zur Reduzierung der Schulden zu verwenden und jährlich weitere sieben Millionen Euro einzusparen. Der Spielraum für weitere Investitionen ist zudem sehr klein.

„Ende 2016 wird die Höhe der Liquiditätskredite 330 Millionen Euro betragen“, kündigte Andrea Pospich an. Die Stabilisierungshilfe schaffe einen großen Mühlstein weg, aber es blieben immer noch 140 Millionen Rest übrig. Das Land verhandle parallel mit den Banken über andere Tilgungsmöglichkeiten mit dem Ziel, auf lange Sicht die Schuldenfreiheit zu erlangen. „Dafür erwartet man von uns weiterhin absolute Haushaltsdisziplin.“

Andrea Pospich gab aber auch einen positiven Ausblick: Der heimischen Wirtschaft gehe es gut, die Ansiedlungspolitik sei hervorragend, der Tourismus boome.

Mit Blick auf die Jahresrechnung 2015 kündigte sie an, dass alle Ausgaben komplett durch Einnahmen gedeckt worden seien und 2015 keine weiteren Liquiditätskredite mehr aufgenommen werden müssten.